

Kreisinfo

Gewerkschaft
Erziehung & Wissenschaft
Pforzheim-Enzkreis



Der neue Kreisvorstand

Schon im November wählte die Kreisversammlung den neuen Kreisvorstand. Kreisvorsitzende, wieder im Team sind nun Joachim Eichhorn, Dietrich Gerhards, Eva Schaufelberger und Johannes Schönau (von links, mit der am 19. April 2012 wiedergewählten Landesvorsitzenden Doro Moritz).

Des weiteren wurden gewählt: Kreisrechner und DGB-Vertreter Martin Kellner, Schriftführer/in Helke Kaufmann-Krais & Johannes Schönau, Pressereferent Joachim Eichhorn, Vertreter/innen der Vertrauensleute Johanna Hecht-Winkler & Thomas Herbel.

+++ neue Kreis-Satzung auf der Homepage zum Download +++ neue Kreis-Satzung auf der Homepage zum Do

Ein Jahr Grün-Rot - und was passiert vor Ort?



Eva Schaufelberger

Was ist passiert seit März 2011? Politisch gab es den Wechsel, den viele in Baden-Württemberg eigentlich fast nicht für möglich hielten. Wir haben eine grün-rote Regierung und nach Rau und Schick heißt nun die neue Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer.

So haben wir nun vielleicht die Regierung, die sich viele gewünscht hatten, aber haben wir auch die Bildungspolitik, die viele wollten? Da müssen wir aus gewerkschaftlicher Sicht derzeit noch ein klares Nein sagen. Die neue Regierung und ihre Kultusministerin müssen sich an ihren Wahlversprechen und den Koalitionsvereinbarungen messen lassen und dabei können wir vor Ort nur sagen: da gibt es noch viel zu tun!

Problem Krankheitsvertretung

Wenn man aktuell die Situation an den Schulen wahrnimmt, wird vor allem die schlechte Versorgung mit Krankheitsvertretungen als besonders prekär empfunden. So waren schon zu Beginn des Schuljahres fast alle zur Verfügung stehenden Krankheitsvertreterinnen und -vertreter fast eins zu eins durch Langzeiterkrankte aufgebraucht. Diese Situation bringt für alle Kolleginnen und Kollegen zusätzliche Belastungen mit sich, die von uns so nicht akzeptiert werden können. Gute Schule braucht zwar belastbare Lehrkräfte, aber auf keinen Fall überlastete!

Deshalb halten wir an der Forderung von 5% festangestellter KVs weiterhin fest. Bei uns im Schulamt liegen wir bei nicht einmal 2 % im GHS -Bereich. Bei den RS sieht es noch schlechter aus, bei den SoS gibt es die KVs vor Ort gar nicht.

Wie hoch der Bedarf an KVs ist, zeigt auch eine Zahl aus dem Bezirkspersonalrat. So wurden am RP in KA seit Beginn des Schuljahres bis jetzt 250 Personen mit einem befristeten Vertrag als KV eingestellt. Das sind je nach Deputat rund **5000 LWS** – und das in einem halben Jahr!!

Dieser hohe Bedarf untermauert die Forderung nach fest eingestellten KVs zu Beginn des Schuljahres, wird es doch ab dem zweiten Halbjahr immer schwieriger, für die ausgeschriebenen Stellen noch Lehrkräfte zu finden.

Einen Anfang hat die neue Regierung mit 200 zusätzlichen Stellen für feste KVs gemacht, doch müssen weitere Schritte folgen.

Weiterführende Schulen

Was passiert nach dem Wegfall der Verbindlichkeit der GS-Empfehlung?

Grundsätzlich ist der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung zu begrüßen. Entlastet das doch die Grundschulkollegien und nicht zuletzt die Kinder selbst. Gleichzeitig aber stellt der Wegfall eine große Herausforderung für die Realschulen und Gymnasien dar. Sie brauchen ausreichend Ressourcen, um mit der noch größeren Heterogenität konstruktiv umgehen zu können. Für die RS wird es zwar zusätzliche Stunden geben, nämlich 200 Deputate, doch werden diese zu einem großen Teil von der Neuen Kompetenzanalyse geschluckt, da dafür 118 dieser Deputate notwendig sind. Und das, was bleibt, ist eindeutig zu wenig. Auch sind die Kollegien nicht durch Fortbildungen auf neue Unterrichtsformen mit mehr Individualisierung vorbereitet. →



97 Prozent für (unsere) Doro Moritz

Die größte bildungspolitische Interessenvertretung in Baden-Württemberg wird auch in den nächsten vier Jahren von Doro Moritz geleitet. Die 56-jährige aus Heimsheim erhielt 97 Prozent der Delegiertenstimmen. „Dieses Ergebnis ist ein Auftrag, die erfolgreiche Arbeit der GEW in den vergangenen Jahren fortzusetzen. Ich werde mich vor allem dafür einsetzen, dass nicht auf Kosten der Kinder, Jugendlichen und der Beschäftigten gespart wird. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen erhöht und für bessere Bildung an KiTas, Schulen, Hochschulen und in der Weiterbildung investiert werden.“ (19.4.)

Gemeinschaftsschulen

Im Schulamtsbereich Pforzheim gibt es bis jetzt nur eine Gemeinschaftsschule in Neubulach im Kreis Calw. Keine Selektion nach der vierten Klasse und länger gemeinsam lernen ist ein guter Ansatz der neuen Kultusministerin. Das Gelingen dieser Schulart hängt aber auch von den Rahmenbedingungen ab, die sie erhält. Dazu muss das Absenken des Klassenteilers genauso gehören wie ein Deputat von 25 Stunden aller dort unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen. Nur so wird es auch eine Gemeinschaftsschule geben können, die mehr ist als der Zusammenschluss von Haupt- und Realschule.

Haupt- und Werkrealschulen

Was wird im neuen Schuljahr? Diese Frage stellen sich derzeit vor allem alle Kolleginnen und Kollegen an den Haupt- und Werkrealschulen. Hier ist die Verunsicherung, auch was den eigenen Arbeitsplatz angeht, am größten.

Der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung führt zusammen mit dem Rückgang der Schülerzahlen dazu, dass an etlichen Schulen im neuen Schuljahr keine 5. Klasse mehr gebildet werden kann. Wo werden die Kinder zur Schule gehen? Wo arbeite ich im neuen Schuljahr? Abordnungen und Versetzungen von Lehrkräften stehen im Raum. Davon werden in Pforzheim und dem Enzkreis etliche Kolleginnen und Kollegen direkt betroffen sein.

Doch zu dieser Verunsicherung kommt belastend hinzu, dass die Umgestaltung der Werkrealschule mit sehr heißer Nadel gestrickt wurde. Im 10. Schuljahr gibt es ab September neue Fächer, deren Inhalt bis jetzt niemand kennt und die nicht erprobt wurden. Von der bisher noch völlig fehlenden Fortbildung ganz zu schweigen.

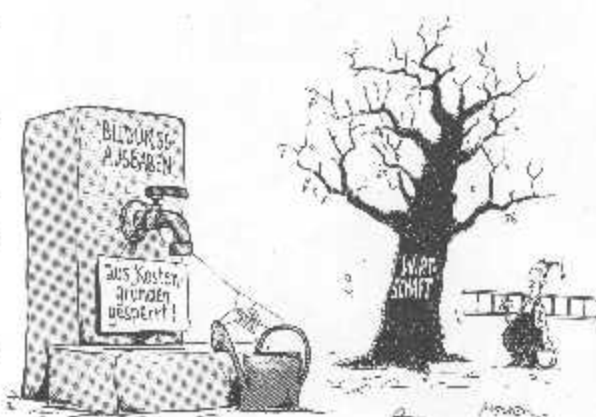
Hauptschüler können auch nach Klasse 10 den HS-Abschluss machen und sind zusammen mit den Werkrealschülern der Klasse 10 in einer Klasse. Die noch zu Beginn des Schuljahres dafür in Aussicht gestellten Teilungstunden sind komplett unter den Tisch gefallen. Ohne Vorbereitung und Unterstützung stehen die Kolleginnen und Kollegen vor dieser Aufgabe. Gut vorbereitete Bildungspolitik, aber auch Fürsorge für die Lehrkräfte sehen in diesem Fall anders aus.

Der gute Wille und die Gesprächsbereitschaft der neuen Regierung sind vorhanden.

Auch dass das Geld aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer in die Frühe Bildung fließen soll, begrüßen wir als GEW ausdrücklich.

Ein Anfang ist gemacht – hoffen wir, dass es so weitergeht.

Die Erwartungen sind hoch, aber gute Bildung ist nicht zum Spartarif zu haben.



Gute Bildung ist teuer, schlechte Bildung können wir uns nicht leisten - Doro Moritz



Personalia!

Elisabeth Schrettenbrunner (Maihäldenschule) ist mit Edmond Jäger aus Tuttlingen zur Landesvorsitzenden der Fachgruppe der Jungen Lehrer/innen und Erzieher/innen gewählt worden.

Der Kreis gratuliert ganz herzlich!

Elisabeth.Schrettenbrunner@gew-pforzheim.de



Auch im Alter wichtig:

Attraktives Angebot der GEW für den aktiven Ruhestand 60plus

Endlich im Ruhestand, endlich in Rente! Warum dann noch in der GEW bleiben, fragen sich manche. Es lohnt sich, denn im Alter wird die GEW erst recht gebraucht. Wer glaubt wirklich, dass unsere Altersbezüge sicher sind? Und wer glaubt, dass die Beihilfe im bisherigen Leistungsumfang erhalten bleibt? Die vermeintlichen Sparzwänge der Landesregierung treffen auch und erst recht die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst und damit auch die Kolleg/-innen im Ruhestand. Die Verschiebung der Besoldungsanpassung für die Besoldungsgruppen bis A10 auf 1.3. und sogar auf 1.8.2012 für die Besoldungsgruppen ab A11 ist ein erstes Indiz. Im Beihilferecht drohen weitere Kürzungen wie die Erhöhung des Selbstbehalts ab diesem Jahr zeigt.



Erben und Vererben: Kompetente Experteninformation für 60 Kolleg/innen mit Eberhard Kaiser vom Steuerbüro KGS



Exkursion ins Eyachtal: Lebendiger Anschauungsunterricht und anschließende Vespereinkkehr im Inklusionsprojekt „Pflug“ der Gustav-Heinemann-Schule in Dennach

Gut zu wissen, dass die GEW für unsere Interessen kämpft. Gut auch zu wissen, dass der gewerkschaftliche Rechtsschutz uns gerade im Alter bei versorgungsrechtlichen Streitigkeiten zur Seite steht. Gut auch aktuell über unsere Mitgliederzeitung und die Sonderveröffentlichungen für den Ruhestand informiert zu sein. Das sind starke Argumente dafür, weiterhin der GEW die Treue zu halten. Auch hier vor Ort in Pforzheim und dem Enzkreis sind wir mit einem attraktiven Angebot für unsere Mitglieder da und stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Udo Kaupisch und Bernd Rechel tragen dafür die Verantwortung und sind Ihre Ansprechpartner. Hier ein Blick in die nächsten Termine:

Mittwoch, 11.07.2012

Schloss Karlsruhe 15.00 Uhr

Baden! 900 Jahre. Geschichten eines Landes

Führung durch die große Landesausstellung im Bad. Landesmuseum

Dienstag, 18.09.2012

ganztägig

Auf den Spuren der badischen Geschichte

Ausflug der GEW-Kolleg/-innen im Ruhestand nach Offenburg und Gengenbach

Unsere Veranstaltungen sind offen auch für alle jüngeren und interessierten GEW-Mitglieder und deren Angehörige. Da viele vorzeitig in den Ruhestand gehen, erhalten unsere Mitglieder bereits ab 60 die Einladungen zu unseren Veranstaltungen und können sich so schon auf den aktiven Ruhestand einstimmen. Wenden Sie sich an uns, wenn Sie Fragen, Wünsche und Anregungen haben. Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft! Sie lebt von dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder. Bleiben Sie dabei und machen Sie mit!

Udo Kaupisch Siegfriedstr. 62 75179 Pforzheim 07231-73427 ug.kaupisch@web.de

Bernd Rechel Schubertstr. 4 75239 Eisingen 07253-8734 bernd.rechel@gmx.de

Mehr Infos über unser Angebot auch auf der Homepage der Kreis-GEW

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf 900 Jahre badische Geschichte können wir 2012 zurückschauen, denn im Jahr 1112 wird der Herrschaftstitel des „Markgraf von Baden“ in einer Urkunde erstmalig schriftlich genannt. Diesen runden Geburtstag feiert der badische Landesteil mit einer großen Jubiläumsausstellung im Karlsruher Schloss. Das lassen wir uns nicht entgehen!

Mittwoch, 11. Juli 2012, Treffpunkt 15.00 Uhr Infotheke Schloss Karlsruhe: Baden! 900 Jahre. Geschichten eines Landes



„Ist es badisch, wenn man aus vollem Halse das Badnerlied singt, wenn man von der gemütlichen Lebensart schwärmt oder sich an die freiheitlichen Traditionen des Musterländles erinnert?“ fragt der Text des Ankündigungsflyers. Doch was hat es mit dem „Badischen“ tatsächlich auf sich? Welche historischen Ereignisse und Personen haben Baden geprägt? Was davon ist in Erinnerung geblieben, und welche Entwicklungen haben über die Landesgrenzen hinaus Wirkung gezeigt? Antworten auf diese und viele weitere Fragen will die Große Landesausstellung anlässlich des 900-



jährigen Jubiläums des Landesteils Baden geben. Rund 400 Objekte erzählen badische Geschichte durch Geschichten, vom zersplitterten Herrschaftsgebiet des Mittelalters über die liberalen Tendenzen im Großherzogtum bis zum Landesteil des heutigen Baden-Württembergs, so die Ausstellungsmacher.

Wir haben Führungen für zwei Gruppen mit je maximal 25 Teilnehmer/-innen gebucht. Für GEW-Mitglieder übernimmt wie immer die GEW die Führungskosten, so dass nur der Eintritt von sechs Euro zu zahlen ist. Nichtmitglieder zahlen zusätzlich zum Eintritt fünf Euro für die Führung. Mit Museumspass freier Eintritt. Frühzeitige Festanmeldung empfiehlt sich, direkt an Udo Kaupisch. Letzter Anmeldetermin ist der 2.7.2012.

Anschließend können wir im Museumscafe des Schlosses noch unsere Ausstellungseindrücke austauschen.

Bekannte und Freunde sind wie immer herzlich in unserer Mitte willkommen.
Udo Kaupisch & Bernd Rechel

Fachgruppe Realschulen

Der am 26.11.2011 in Herrenberg neugewählte Landesfachgruppenausschuss für die Realschulen traf sich zu einem ersten Austausch mit Realschulvertretern des Kultusministeriums und der GEW-Vorsitzenden Doro Moritz Anfang März in der Landesgeschäftsstelle. Themen waren die Folgen der veränderten Grundschulempfehlung, die Kompetenzanalyse und die Bildungsplanreform.

Dabei unterstützt die Landesfachgruppe RS die Forderung nach „Längerem gemeinsamen Lernen“ und sieht in der Umsetzung des Konzeptes dieser neuen Schulform einen wichtigen Schritt zu mehr Chancengleichheit. Das gegliederte Schulsystem ist überholt und nicht mehr zeitgemäß. Dies belegen fast alle wissenschaftliche Studien und vor allem praktische Beispiele in anderen Ländern.

Im Einzelnen fordert die Landesfachgruppe:

- ♦ Rücknahme der übereilten Einführung der Kompetenzanalyse AC ohne Konzept für anschließende individuelle Fördermaßnahmen und Trainingsprogramme bei den betreffenden Schülern
- ♦ Abschaffung der verpflichtenden Diagnose- und Vergleichsarbeiten in Klasse 7 und 9. Sie erfordern einen hohen Zeit- und Materialaufwand, der zu keinem hinreichenden Nutzen und Erkenntniswert für die LehrerInnen und SchülerInnen bzw. für die Eltern führt
- ♦ Entschlackung der Prüfungsinhalte des 10.Schuljahres. Es belastet Schüler und Lehrer gleichermaßen und verhindert eine qualifizierte Vertiefung des kognitiven und sozialen Lernens als Voraussetzung für einen reibungslosen Übergang in die berufliche Bildung im dualen System oder ins Berufliche Gymnasium
- ♦ Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an der Realschulen muss einen erkennbaren Schwerpunkt in der individualisierten Lernförderung und beim Umgang mit der Heterogenität in den Schulklassen bis hin zur Inklusion bilden. Das Studium zu einem Stufenlehramt (SEK I) muss weiter ausgebaut werden, auch für die künftigen Lehrkräfte mit gymnasialen Standards.

Weitere Infos auf unserer Homepage.

Martin Kellner

Grün-Rot besser als Schwarz-Gelb?



Peter Koch

Seit Jahrzehnten ist die Unterversorgung mit Lehrkräften das Dauerthema schlechthin. Nie wurde im Bereich der beruflichen Schulen eine Vollversorgung geschweige denn eine mehr als 100-prozentige Versorgung erreicht.

Als Erfolg wurde in der Politik derweil dargestellt, wenn das strukturelle Defizit der letzten 5 Jahre in Zehntel-Prozentschritten von 4,6 % bis auf 4,0 % im Schuljahr 2011/12 gesunken ist. Unerwähnt bleibt des Öfteren, dass in der gleichen Zeit die so genannte „Bugwelle“ an Überstunden dramatisch von 757 (2006/07) auf über 1800 Deputate in diesem Schuljahr angestiegen ist, das entspricht 9,6 % der vorhandenen Lehrerdeputate. Das bedeutet, dass in jedem Jahr die SchulleiterInnen der beruflichen Schulen in Pforzheim und anderswo ihren Lehrkräften zusätzliche Stunden auf das vorhandene Deputat draufsatteln. Schon die schwarz-gelbe Regierung Mappus versuchte am Ende ihrer Amtszeit dem mit den Gedanken an ein Lebensarbeitszeitkonto zu begegnen.

Nach dem Regierungswechsel in Stuttgart waren die Hoffnungen groß, dass sich manches zum Besseren wenden könnte. „Um den Bildungsauftrag an den beruflichen Schulen sicherzustellen, werden wir das strukturelle Unterrichtsdefizit schrittweise abbauen und die Lehrerversorgung verbessern“, so steht es in der Regierungserklärung der neuen grün-roten Landesregierung. So kam es denn auch zum Schuljahr 2011/12 zu einer Rekordeinstellung von etwa 1.100 Personen, nachdem Grün-Rot gestrichene Stellen dem System wieder zugeführt hatte. Auch sah die neue Amtspitze den notwendigen Handlungsbedarf:

- mehrere Tausend (!) neue Stellen für eine ausreichende Ausstattung der Schulen
- 400 Stellen für die mangelnde Krankheitsvertretung in zwei Jahren
- alle pädagogischen Projekte (z.B. OES) werden aus dem Lehrerbestand genommen und stehen daher nicht dem Unterricht zur Verfügung.

Schuljahr 2011/12 – Alles easy?

Trotz der hohen Einstellungszahl hat sich aber die Situation an den beruflichen Schulen nicht grundlegend geändert. Denn hinter der hohen Einstellungszahl waren einige Zusatzaufgaben verbunden:

- 200 Stellen zur Senkung des Klassenteilers auf 30
- 150 Stellen für zusätzliche 100 Klassen an beruflichen Gymnasien, davon ging z.B. eine an das Wirtschaftsgymnasium der Fritz-Erler-Schule
- 157 Stellen für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission des Landtages (z.B. Ganztagesbetreuung, Projektarbeit, individuelle Förderung)

Der Rest wurde zum Ersatz für Zurruehesetzungen verwendet.

Zusätzlich wurden 18 neue berufliche Gymnasien im Land eingerichtet, darunter ein Technisches Gymnasium an der Ferdinand-von-Steinbeisschule Mühlacker. In einer zweiten Tranche wird auch die Kerschensteinerschule in Mühlacker im nächsten Schuljahr ein Wirtschaftsgymnasium erhalten.

Ist das also die Einlösung der Überschrift „Bessere Bildung für alle“ in der Regierungserklärung?

Das neue Zauberwort der Regierung heißt „demographische Rendite“. Daraus sollen der zukünftig nicht nur die Unterrichtsversorgung, sondern auch bildungspolitische Reformen finanziert werden. Im Sommer sollen durch den SchülerInnenrückgang an beruflichen Schulen von 15.000 in etwa 938 Stellen frei werden, das KM lässt ca. 300 Stellen in System für den weiteren Ausbau der beruflichen Gymnasien und der ErzieherInnenausbildung, die Fort-

führung und Ausweitung der Maßnahmen der Enquete-Kommission und der weitere Abbau des Unterrichtsdefizites finanziert werden. Zwei Drittel, also etwa 638 Stellen könnten nun als „Rendite“ eingespart werden. Lediglich 100 zusätzliche Stellen zum Abbau der Defizites und 40 Deputate für die KV stehen neu zur Verfügung.

Da bleibt nicht viel übrig. Die Folgen u.a.:

- Die weitere Absenkung des Klassenteilers auf 28 wurde bereits ausgesetzt.
- Neu eingerichtete Schularten wie die beruflichen Gymnasien oder das neue 6jährige Technische Gymnasium an der Heinrich-Wieland-Schule müssen teilweise oder ganz durch andere Schularten der jeweiligen Schulen „substituiert“ werden.
- 157 Stellen für die Maßnahmen aus der Enquetekommission wurden nur bis zum Sommer verlängert, werden dann de facto gestrichen.
- Die Prognosen des Statistischen Landesamtes zur Schülerentwicklung waren schon die letzten Jahre sehr fehlerhaft (2011/12: statt bei 12.000 lag der Rückgang der Schüler nur bei 7.000 !), es ist also mit weiterem Lehrermangel zu rechnen, wenn wieder einmal zu viele Schüler kommen.

Ungeklärt ist derweil, wie sich das neue Werkrealschulkonzept auswirkt. Nachdem in Klasse 9 der Haupt/Werkrealschule die Notenschranke für Klasse 10 gefallen ist, sind die Übergangszahlen ab Klasse 9 auf die zweijährige Berufsfachschule sowie ins BVJ und BEJ ungewiss. Besonders die beiden letzten Schularten könnten an Auszehrung leiden, wenn die Schüler/innen in der 10.Klasse an ihrer alten Schule verbleiben. Inwiefern sich das auf die Unterrichtsversorgung auswirkt, ist eine weitere unsichere Größe.

Die Prognose lautet also: Das Einstellungsjahr 2012/13 wird wohl als die unsicherste und miserabelste in die Geschichte eingehen. Die GEW rechnet mit bis zu mageren 200 besetzbaren Stellen. Denn der Finanzminister hat hier wieder das Wort, Nils Schmid will einen ausgeglichenen Haushalt 2012 vorlegen. Insgesamt bleibt damit für die beruflichen Schulen alles bei Alten bzw. verschärft sich weiter. Auch ist die Planungssicherheit für die beruflichen Schulen weniger gegeben denn je. So gesehen wandelt die neue Regierung auf schwarz-gelben Spuren. Und die GEW wird weiterhin ihre Forderungen nach grundsätzlichen Verbesserungen erheben müssen.

Peter Koch

Unser **Pensionärs-Jahresausflug** führt uns am **Dienstag, 18.9.2012**, auf den Spuren der badischen Geschichte nach Offenburg (Führung im ehemaligen Gasthaus Salmen/ Freiheitsforderungen des badischen Volkes 1847) und in die ehemalige freie Reichsstadt Gengenbach mit ihrer historischen Altstadt. Führung/Wanderung mit Koll. Sehringer, Organisator der GEW- Rombach-Tage). Anmeldungen ab sofort an Udo Kaupisch oder Bernd Rechel.

Bildungskino im Kommunalen Kino

Vier Filme mit Einführung und Diskussion.

Kooperation: GEW Pforzheim-Enzkreis, Goldader Bildung, Kommunales Kino PF und Medienzentrum PF

- ☀ 2. Oktober, Frühkindliche Bildung
- ☀ 9. Oktober, Migration
- ☀ 16. Oktober, Inklusives Lernen
- ☀ 23. Oktober, Neue Wege wagen

Mehr in Bälde

Vorankündigung



Crashkurs Schulrecht für Referendar/innen

mit Jürgen Ebert

Leiter der Rechtsschutzstelle der GEW Nordbaden

Vorsitzender im Bezirkspersonalrat, Regierungspräsidium KA

6. September 15-18 Uhr

Uhlandschule Mühlacker

CONVENTION ON THE RIGHTS OF PERSONS WITH DISABILITIES - UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Seit März 2009 ist diese Konvention auch in Deutschland in Kraft. Doch was hat sich im Bildungsbereich getan? Wie geht die GEW mit dieser Verpflichtung um?

Mai 2011 fanden sich ca. 15 Personen zusammen, um die „Projektgruppe Inklusion“ zu gründen. Ihr Ziel ist es, Inklusion in Bildungseinrichtungen unserer Region zu fördern.

Inzwischen hat sich die fach- und bildungseinrichtungsübergreifende Gruppe 7 Mal getroffen. Schwerpunkt der Arbeit war, ein Arbeitspapier für Gelingensbedingungen zur inklusiven Bildung zu erarbeiten (auf der GEW PF Homepage).

Im März lud die Gruppe Norbert Zeller (Leiter der Stabsstelle für die Entwicklung von Gemeinschaftsschulen, Modellschulen, Inklusion im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg) zum Gespräch an die Uhlandsschule Mühlacker ein.

Norbert Zeller machte deutlich, dass sein Hauptprojekt die Gemeinschaftsschule ist und begründete damit die etwas abwartende Haltung und Äußerungen zu Inklusion.

Allerdings muss jede Gemeinschaftsschule inklusive Schule sein. Wie lässt sich Inklusion im Schulgesetz verankern bzw. welche Erfahrungswerte sind für die gesetzliche Umsetzung des Rechts auf Inklusion hilfreich?

Es wurde deutlich, dass die Bereiche Deputatsstunden, Lerngruppengröße und die Einbindung der Sonderschullehrkräfte in Regelschulen Konfliktpotenzial bergen.

Sollen Kinder und Jugendliche einzeln oder gruppenbezogen inkludiert werden?

Ziel: wohnortnahes Angebot! Bedarfsorientiertes Steuern nötig.

Schwer tat sich Zeller mit der Frage, ob Sonderschulen auf Dauer aufgelöst werden sollten. Einerseits wurde die Arbeit dieser Schulart durchaus gelobt, andererseits wurde deutlich, dass eine Parallelität nicht bezahlbar ist.

Sowohl in diesem Gespräch als auch bei anderen Veranstaltungen wurde klar, dass die Regierung noch kein schlüssiges Konzept hat, wie sie mit inklusiver Bildung umzugehen gedenkt.

Also, es ist alles im Fluss. Wenn es möglich ist, Einfluss in künftige Schulstrukturen zu nehmen, dann jetzt!

Christine Reith/ Hannah Rennung/ Thomas Herbel

Die Projektgruppe trifft sich ca. alle 10 Wochen, i.d.R. in Schulen. Termine auf der homepage der GEW PF-Enzkreis, und auf dem GEW-Brett. **Nächster Termin: 24. Mai, 17 Uhr**, in der Schlossparkschule, Schulberg 17, Pforzheim (Schule f. Sprachbeh.)

Ansprechpartner/in der GEW-Projektgruppe sind:

Hannah Rennung, mail.: hannah.rennung@gmail.com und Thomas Herbel, mail.: herbel-pinache@gmx.de



Norbert Zeller mit Birgid Klepper (Uhlandsschule Mühlacker) und Hannah Rennung (Schule Enzberg)



Impressum:

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft, Kreisverband Pforzheim-Enzkreis, (v.i.S.d.P.)
D. Gerhards, Leibnizweg 15, 75175 Pforzheim
Layout Thomas Herbel, Druck: Druckerei Schlecht, Mühlacker,

Auflage: 1500